

12.48

Abgeordnete Mag. Martina Künsberg Sarre (NEOS): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Werte Mitglieder der Bundesregierung! Hohes Haus! Herr Minister Mückstein, herzlich willkommen! Es ist gut, von Ihnen zu hören, dass Sie auch einen Fokus auf Kinder und Jugendliche legen werden, da die es im letzten Jahr auch ganz, ganz schwer gehabt haben und einfach ganz, ganz viele psychische und physische Auswirkungen davongetragen haben.

Wir werden Sie an Ihren Taten messen, denn bis jetzt ist es eigentlich so, dass viele gute, konstruktive Anträge der Opposition in den Ausschüssen vertagt oder überhaupt abgelehnt werden. Also ich freue mich – vielleicht passiert ja da in Ihren Ausschüssen auch eine gewisse Änderung der Haltung.

Als Wissenschaftssprecherin möchte ich aber heute über eine Gruppe von jungen Leuten reden, die im letzten Jahr überhaupt nicht thematisiert wurden und nicht im Fokus standen, das sind nämlich rund 270 000 Studierende hier an Österreichs Hochschulen, die de facto seit einem Jahr daheim sitzen und die Universitäten oder die Hochschulen überhaupt nur über das Endgerät gesehen haben. Die Erstsemestrigen oder dann Zweitsemestrigen und jetzt dann schon Drittsemestrigen kennen das Hochschulleben überhaupt nicht.

Auf Initiative der NEOS ist vor Ostern auch eine Regelung geschaffen worden, dass die Hochschulen jetzt Eintrittstests machen können, damit eben mehr Präsenzunterricht, Präsenzlehre möglich wird. Das ist aus unserer Sicht ein großer Erfolg. Die Uni Graz beispielsweise wird ab 2. Mai eine zweite Teststraße einrichten.

Das ist für die Studierenden ein wichtiger und guter Schritt in Richtung mehr normales Leben, als es bisher war, es braucht aber weit mehr. Die psychologische Studierendenbetreuung ist auf Wochen hinaus ausgebucht. Die Mittel sind zwar etwas aufgestockt worden – und das ist gut und richtig –, aber es braucht aus unserer Sicht mehr, denn es gibt diese Beratungsstellen bis jetzt nur in sechs Bundesländern, und wir glauben, dass es einen Ausbau auf alle Bundesländer braucht.

Deswegen stelle ich folgenden Entschließungsantrag:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Ausbau psychologischer Studierendenberatung“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, die psychologische Studierendenberatung von den derzeit sechs Standorten auf alle Bundesländer auszuweiten.“

Ich wünsche Ihnen alles Gute und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit. *(Beifall bei den NEOS.)*

12.51

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Mag. Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Ausbau psychologischer Studierendenberatung

eingebracht im Zuge der Debatte in der 97. Sitzung des Nationalrats über Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich der Ernennung des neuen Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz - TOP 1

Psychische Gesundheit rückt mehr als ein Jahr nach Beginn der COVID-19-Pandemie endlich in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Insbesondere die dramatischen Auswirkungen dieser Krise auf das psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen wurden und werden zurecht vermehrt thematisiert, auch im politischen Kontext. Natürlich sind aber auch andere Bevölkerungsgruppen von den psychosozialen Folgen betroffen.

Eine Gruppe, die unter der Pandemie massiv leidet, aber viel zu oft ins Hintertreffen gerät, ist jene der Studierenden. So zeigt eine Studie der Psychologischen Studierendenberatung Innsbruck, dass die psychische Belastung für Studierende während der COVID-19-Pandemie massiv angestiegen ist. 36 Prozent der Studierenden in Österreich leiden an Ängsten und depressiven Verstimmungen, 72 Prozent gaben ein verändertes Lernverhalten aufgrund von Distance Learning an, 62 Prozent fühlen sich durch die Änderungen im Studienalltag gestresst.

(<https://www.diepresse.com/5905101/doppelt-so-viele-studenten-fuehlen-sich-psychisch-belastet>)

Das sind erschreckende Zahlen, die dringenden Handlungsbedarf bezeugen. Bundesminister Faßmann erklärte auf der Website seines Ministeriums auch selbst, dass Beratung durch qualifizierte Psycholog_innen in Zeiten wie diesen von großer Bedeutung sei. (<https://www.bmbwf.gv.at/Ministerium/Presse/20201214.html>) Die psychologische Studierendenberatung wurde daher um 40 Prozent aufgestockt. Das war ohne Frage ein erster, wichtiger Schritt. Für psychologische Beratung ist es jedoch unerlässlich, dass diese so niederschwellig wie möglich angeboten wird. Aufgrund gesellschaftlicher Stigmata und den allgemeinen Umständen psychischen Unwohlseins kann es für Betroffene schwierig sein, den ersten Schritt zu wagen. Stellen der psychologischen Studierendenberatung des BMBWF wurden bisher allerdings nur in Wien, Salzburg, Innsbruck, Graz, Linz und Klagenfurt eingerichtet. Gemäß § 68a Abs 1 StudFG ist es möglich, an jedem Hochschulstandort psychologische Beratungsstellen für Studierende einzurichten. In Niederösterreich, Vorarlberg und dem Burgenland fehlen solche Stellen allerdings nach wie vor.

Eine Ausweitung hätte nicht nur eine Kapazitätserhöhung der Studierendenberatung zur Folge, sondern würde auch lange Anfahrtszeiten verringern. Zudem ist es natürlich wichtig, dass dieses Angebot auch nach der Pandemie weiterbesteht, da psychische Gesundheit zu jeder Zeit ausreichenden Fokus verdient.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, die psychologische Studierendenberatung von den derzeit sechs Standorten auf alle Bundesländer auszuweiten."

Präsidentin Doris Bures: Der Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht und steht daher auch mit in Verhandlung.

Nächster Redner: Herr Abgeordneter Alexander Melchior. – Bitte.